März 2020
Länderbericht
Auslandsbüro Mexiko

KONRAD ADENAUER STIFTUNG

Monatsrückblick März 2020

Der „Corona Blog" der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko erscheint in spanischer Fassung in wöchentlicher Auflage inklusive Quellenangaben (alle Ausgaben finden Sie unter https://www.kas.de/es/web/mexiko/statische-inhalte-detail/-/content/blog-kas) und analysiert die Ereignisse im Kontext der COVID-19-Pandemie. Wir bieten hier eine monatliche Zusammenfassung in deutscher Sprache an.

Ann-Kathrin Beck, Hans-Hartwig Blomeier

CORONA blog Análisis semanal MÉXICO

Überblick

	Bestätigte Fälle	Verdachtsfälle	Todesfälle
1.März 2020	5	11	0
31. März 2020	1.215	3.511	29

Von mexikanischen Regierungsvertretern wurden die Implikationen des Corona-Virus für Mexiko mehrere Wochen lang kleingeredet, bevor **Ende März auf nationaler Ebene erste Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Gesundheit** in die Wege geleitet wurden. Dies ist besonders verheerend, da das öffentliche **Gesundheitssystem in Mexiko extrem schwach und chronisch unterfinanziert** ist und wertvolle Wochen verloren gingen, in denen Kapazitäten hätten aufgebaut werden können und müssen.

Einige **Bürgermeister und Gouverneure der Bundesstaaten führten demgegenüber bereits im Laufe des Monats strengere Auflagen ein**. Besonders symbolisch hierbei war es, dass am 22. März umfassende Ausgangsbeschränkungen für Mexiko-Stadt von der MORENA-Regierung unter Claudia Sheinbaum eingeführt wurden. Die Reaktion der Zentralregierung folgten hingegen nur scheibchenweise: Am 14. März wurde die „Verlängerung" der Osterschulferien angekündigt. Am 23. März erkannte der Präsident Andrés Manuel López Obrador (AMLO) an, dass man sich in Phase 2 der Krise (lokale Übertragung) befände. Daraufhin verkündete er den Beginn der sogenannten "**Jornada Nacional de Sana Distancia**", eine Informationskampagne, die zu freiwilligen Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen aufruft.

Bereits einen Tag später, am 24. März, sprach er dem Gesundheitsministerium ein größeres Budget zu und autorisierte außerdem außerordentliche Mittel zur zivilen Krisenvorsorge für das Militär. Eine komplette Ausgangssperre lehnte er nach wie vor explizit ab. Am 26. März erfolgte dann die nachdrückliche Aufforderung (immer noch auf freiwilliger Basis), nicht-essenzielle Unternehmen zu schließen, Dienstleistungen einzustellen und soweit wie möglich in den Häusern zu verbleiben.

Am 30. März verkündete Außenminister (!) Marcelo Ebrard schließlich den nationalen Gesundheitsnotstand („emergencia sanitaria por causa de fuerza mayor"). Infolgedessen, wurden auch in Mexiko Maßnahmen des „distanciamiento social", also der Selbst-Quarantäne und der häuslichen Abschottung „dringend empfohlen". Im Gegensatz zu dieser Erklärung stand jedoch, dass Präsident AMLO sich weiterhin als Mann des Volkes inszenierte, der auch vor der Pandemie nicht zurückschreckt und weiter Reisen im ganzen Land, inklusive Händeschütteln und Umarmungen, unternahm.

Kommunikation

Insgesamt war die **Krisenkommunikation der mexikanischen Regierung im März 2020 widersprüchlich und unzureichend**. Die ständig wechselnden Ankündigungen des Präsidenten, die anfangs eher darauf ausgerichtet waren einen Schuldigen für den Virus zu finden (der Kapitalismus, der Neoliberalismus, die Opposition) und des Öfteren im Gegensatz zu den Aussagen der Experten aus dem Gesundheitsministerium standen, verunsicherten die mexikanische Bevölkerung und führten zu Verzögerungen in der Krisenbewältigung.

Hugo López-Gatell, seines Zeichens Epidemiologe und Staatssekretär im Gesundheitsministerium, entwickelte sich zum designierten Sprecher der Regierung rund um Fragen zu COVID-19. Der Gesundheitsminister selbst hingegen trat so gut wie gar nicht in Erscheinung. López-Gatell ist hauptverantwortlich für die abendlich stattfindenden Konferenzen zur Pandemie. Seine **Expertise wurde immer wieder von fragwürdigen und nicht wissenschaftlichen Aussagen des Präsidenten torpediert**, meist während dessen täglichen morgendlichen Pressekonferenzen („la mañanera"). Er erwähnte anfangs beruhigend, dass die „genetische Disposition", die „moralische Überlegenheit", beziehungsweise religiöse Amulette einen größeren Ausbruch von COVID-19 in Mexiko verhindern würden. Letztendlich wurde er doch eines Besseren belehrt. Während die **Umfragewerte des Präsidenten zum ersten Mal seit Amtsantritt merklich zurückgingen**, erfreute sich der Staatssekretär steigender Glaubwürdigkeit.

Bundespolitik

Die **politischen Parteien der Opposition reagierten schneller als der Präsident** und suspendierten ihre Präsenzaktivitäten bereits in der zweiten Märzwoche. Einen bitteren Nachgeschmack hinterlässt es, dass genau während der Abwesenheit der Oppositionsparteien **die nationalen Abgeordneten der Regierungspartei MORENA zwei sehr umstrittene Gesetzesvorhaben absegneten**: Einerseits die Möglichkeit sich auf politische Posten zu bewerben, auch wenn man derzeit ein politisches Mandat innehat (was zuvor verboten war um Korruption und Klüngelei zu verhindern), andererseits ein Gesetz zur Untersuchung von Rosario Robles, Minister der Vorgängerregierung, der bereits seit längerem der Korruption bezichtigt wird.
Während die Nationalregierung unter AMLO wie schon bei anderen Themen in der Vergangenheit die Realität zu verleugnen schien, versuchten die Oppositionsparteien politische Gegenvorschläge zu machen und zum Ernstnehmen der Gesundheitslage anzumahnen. Der **Präsident instrumentalisierte aber die Krise um weiter Stimmung gegen seine politischen Gegner zu machen**. Dies gipfelte darin, dass er vorschlug die Parteifinanzierung erneut zu kürzen, die er bereits in den vergangenen Jahren massiv reduziert hatte.

Länder und Kommunen

Die **Regierungen der 32 mexikanischen Bundesstaaten und die Bürgermeister der mehr als 2.500 Gemeinden reagierten sehr unterschiedlich und teilweise sehr scharf auf die drohende Krise**, in jedem Falle aber wesentlich proaktiver als der Präsident. Bereits

Anfang März wurden die ersten Ausgangssperren verhängt (Gemeinden in Sonora). Es folgten lokale Investitionen in Notfall-Gesundheitsinfrastruktur (Guanajuato) und recht drakonische Bußgelder bei Nichteinhaltung der Kontaktsperren (Yucatán). Außerdem wurden auch **wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen der Bundesstaaten** in die Wege geleitet. Diese sollen vor allem **für Mikro-, Kleinst- und mittelgroßen Unternehmen** zur Verfügung stehen, um Arbeitsplätze zu sichern und den Handel aufrecht zu erhalten.

Unstimmigkeiten mit der Nationalregierung gab es im März kontinuierlich, insbesondere in Bezug auf die mangelnde Bereitstellung von medizinischen Gütern. Aber auch die negative Grundhaltung gegenüber finanziellen und wirtschaftlichen Sonderhilfen sorgte für Unmut. Der Wunsch nach mehr Freiheit bei der Haushaltsgestaltung der Landesregierungen stieß bei der Nationalregierung jedoch auf taube Ohren.

Für das Jahr 2020 waren die **Termine der Lokalwahlen in Coahuila und Hidalgo** vorgesehen, die nationale Wahlbehörde (INE) reagierte aber bereits im März und verbot Präsenzveranstaltungen im Wahlkampf, hielt aber vorerst an den Terminen fest.

Rechtsstaat und Menschenrechte

Der Rechtsstaat in Mexiko ist äußerst fragil. **Für die schwach aufgestellten mexikanischen Institutionen ist die Pandemie eine schwere Belastungsprobe**. Vorbildlich reagierte hier der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs, Arturo Zaldivar, der am 18. März die **Suspendierung von Gerichtsprozessen** verkündete. Außerdem wurden die Aktivitäten der Generalstaatsanwaltschaft und rechtliche Fristen ausgesetzt. Ein Präsenzdienst für dringende Fälle wurde eingerichtet.

Der sowieso schon **überlastete Sicherheitsapparat geriet weiter an seine Grenzen**. Das Militär sollte nun auch für den zivilen Krisenschutz eingesetzt werden. Außerdem wurde eine erhöhte Anzahl von Plünderungen in Supermärkten und Einkaufszentren festgestellt, die aber offensichtlich auf Elektrogeräte und alkoholische Getränke ausgerichtet waren, was den Eindruck verstärkt, dass (Klein-) Kriminelle die Überforderung des mexikanischen Sicherheitsapparates ausnutzen.

Im Bereich der Menschenrechte gab es negative Entwicklungen. Human Rights Watch verurteilte die **„Desinformation" der mexikanischen Nationalregierung** scharf, da diese die Bevölkerung Mexikos großen Risiken aussetzen würde. Diese Einschätzung wurde von vielen mexikanischen Organisationen der Zivilgesellschaft geteilt, die im Vorgehen der Regierung eine Verletzung der Menschenrechte, insbesondere des Rechtes auf Gesundheit und des Rechtes auf das Leben sahen.

Ein weiteres Problem sind die Rechte der Arbeitnehmer. Die verhängte „Contingencia Sanitaria" ist ein legales Mischkonstrukt, das im mexikanischen Arbeitsrecht nicht vorkommt. **Sowohl Arbeitnehmer als auch -geber haben keinen rechtlichen Rahmen für ihr Handeln** und bereits im März kam es zu unbezahltem „Urlaub" und Entlassungen in zahlreichen Unternehmen. Viele Mexikaner müssen sich damit abfinden, dass weder Ihre Arbeitsplätze noch ihre Löhne sicher sind.

Wirtschaft

Die sich verlangsamende Weltwirtschaft und die globale Rezession haben **negative Auswirkungen auf die mexikanische Wirtschaft**. Angesichts kollabierender internationaler Lieferketten, wurde Mexiko seine **Position als Fabrikationsstandort und das starke Abhängigkeitsverhältnis von den USA** zum zusätzlichen Problem. Mexikos Süden lebt hingegen fast ausschließlich vom **Tourismus**, doch auch dieser wurde Ende März ausgesetzt.

Währenddessen verkündete der Präsident am 20. März, dass es **keine Finanzspritzen und auch keine Steuererleichterung** geben würde, zur Verzweiflung vieler klein- und mittelständischer Unternehmer sowie zum Unmut der Unternehmerverbände.

Stattdessen setzte der mexikanische Präsident auf einen **weiteren Ausbau der Sozialprojekte für Mexikaner im informellen Sektor und Mikro-Unternehmen** und versprach:

- Kredite für Mikro-Unternehmen, Händler und Selbstständige in Höhe von jeweils 100 EUR
- Kleinstkredite auch für Arbeiter im informellen Sektor
- Aussetzung der Rückzahlungen an INFONAVIT und FOVISSSTE, die jeweiligen Kreditinstitute für Bauvorhaben von Privatpersonen und Beschäftigten des öffentlichen Sektors

Außerdem verkündete er an seinen nationalen **Flaggschiff-Projekten im Bereich Infrastruktur**, der Raffinerie Dos Bocas, dem Touristenzug Tren Maya und dem neuen Hauptstadtflughafen in Santa Lucía, festzuhalten und **versprach überschwänglich die Schaffung von 2 Mio. neuen Arbeitsplätzen**, ohne näher zu erläutern, wie dies geschehen sollte.

Unternehmerverbände zeigten sich äußerst kritisch gegenüber diesen Plänen. Auch wenn direkte soziale Hilfszahlungen für die mehr als 50% der Mexikaner, die im informellen Sektor beschäftigt sind, richtig und wichtig (wenn auch völlig ungenügend) sind, werden **durch die Maßnahmen die klein- und mittelständischen Unternehmen, die mehr als 90% der formellen Arbeitsplätze stellen, komplett außen vor gelassen**. Diese stellen einen großen Teil der Wirtschaftskraft Mexikos dar und es ist zu befürchten, dass viele die Krise nicht überstehen werden und **dementsprechend werden diese nicht bereitstehen, um die Wirtschaft in einigen Monaten wieder anzukurbeln**. Auch die mexikanische Steuerbehörde machte deutlich, dass weder Steuererleichterungen noch Lockerungen bei der Abgabefrist von Steuererklärungen zu erwarten seien, was mexikanische Unternehmen noch mehr belastet.

Erste Hochrechnungen sagten voraus, dass das **PIB Mexikos um ca. 5% schrumpfen wird**. Aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage war **der Mexikanische Peso den ganzen März über im nahezu freien Fall**: von 21,61 MXN Anfang März fiel der Wechselkurz innerhalb eines Monats auf 26,37 MXN pro 1 EUR. **Zudem stufte die Ratingagentur Standard & Poor's Global Ratings Mexiko weiter herunter**. Gründe hierfür waren die sowieso schon angeschlagene Wirtschaft, die fallenden Rohölpreise, die schlechte Finanzlage des staatlichen Ölkonzerns PEMEX (Mexikos Staatshaushalt basiert zu circa 17% auf Ölexporten), sowie die Verlangsamung der US-amerikanischen Wirtschaft und dessen potentielle Auswirkungen auf die mexikanische Wirtschaft, und insgesamt ein Vertrauensverlust in den Privatsektor und Investitionen.

Internationale Beziehungen

In der Anfangsphase der Pandemie kam es zum **politischen Eklat zwischen El Salvador und Mexiko**, der hauptsächlich über Twitter ausgefochten wurde. Der Präsident des Landes verwehrte einem Flug aus Mexiko die Landeerlaubnis, da die Erkrankung mehrerer Passagiere befürchtet wurde. Der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard konnte diese Auseinandersetzung letztlich positiv für sich entscheiden, da bei keinem der Passagiere der Virus festgestellt werden konnte.

Die guatemaltekische Regierung **schloss die Südgrenze zu Guatemala** am 17. März. Am 20. März wurde die **teilweise Schließung der US-mexikanischen Grenze für den Personen- und nicht-essentiellen Verkehr** von US-Außenminister Mike Pompeo verkündet. Besonders schwer treffen diese Regelungen Familien im Grenzgebiet, noch schlimmer ist jedoch die **kritische Lage mehrerer tausend Migranten in Mexiko**. Diese saßen im März

sowohl an der Süd- als auch an der Nordgrenze unter angespannten hygienischen Bedingungen fest. Die zentralamerikanischen Länder verweigerten die Rückführung, die USA die Aufnahme und auch der mexikanische Staat stellte keine Mittel bereit um die Situation der Migranten zu verbessern.

Der außerordentliche G20-Gipfel war das erste internationale Spitzentreffen, an dem AMLO persönlich teilnahm, denn dieser fand am 26. März rein virtuell statt („politisch motivierte Reisen" lehnte der Präsident bis dahin ab, da er sie für Geld- und Zeitverschwendung hält). In seinem Beitrag **rief der Präsident zur internationalen Solidarität auf**. Einseitige Zölle und Grenzschließungen, Monopolmärkte und Finanzspekulationen sollten verhindert werden. Außerdem forderte er dazu auf, dass der Handel mit Medikamenten und medizinischem Gerät so geregelt werden sollte, dass kleinere und finanzschwache Länder nicht benachteiligt werden.

Wenige Tage später nahm Mexiko an der außergewöhnlichen G20-Runde der Außenminister teil und betonte erneut wie wichtig es sei, dass Handelsgüter weiterhin zirkulieren können. Auch beim Minister-Treffen der CELAC zum Thema Gesundheit und Krisenmanagement nahm Mexiko, vertreten durch Außenminister Ebrard, teil und rief zu Präventionsmaßnahmen auf.

Mit viel diplomatischem Geschick gelang es dem Außenministerium Ende März zahlreiche im lateinamerikanischen Ausland gestrandete Mexikaner zurück ins Land zu holen. Bei diesen **Rückholaktionen für Mexikaner** handelte es sich meist um Austausche mit anderen Regierungen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hans-Hartwig Blomeier
Leiter des Auslandsbüros Mexiko
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/mexiko | @kasmexiko

hans.blomeier@kas.de

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international",
CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecom mons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)